



BERLINER

EINBLICKE #101

FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Karwoche 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Für das Handelsblatt hat Wolfgang Schäuble einen klugen Gastbeitrag geschrieben. In seinem „Plädoyer für ein starkes Wir“ verbindet er die Grenzerfahrungen, die uns die Corona-Pandemie als Gesellschaft auferlegt, mit ganz grundsätzlichen sozialen Fragen. Schäubles Gedanken sind brandaktuell. Nach einem Jahr Corona, ein Leben mit den nötigen Schutzmaßnahmen, den Rückschlägen beim Infektionsgeschehen nach dem Aufkommen der Mutante und all der individuelle Verzicht im Alltag machen uns nach und nach müde. In den sozialen Medien wurde hierfür das Wort „mütend“ erfunden, was so viel heißen soll wie das gleichzeitige Empfinden von Müdigkeit und Wut. Ein Jahr voller persönlicher Entbehrungen zerrt an unserer eigenen Fassung, ganz unabhängig davon, was in der Allgemeinheit gut oder schlecht läuft, ob politisch Fehler geschehen oder nicht.



Ich hatte es bereits vor einigen Monaten geschrieben, die Lasten der Pandemie sind nicht gleich verteilt. Das können wir auch in Köln, in unserer ganz unmittelbaren Nachbarschaft beobachten. Was ein Garten für den Familienfrieden leisten kann, wird uns doch in Zeiten von social distancing nochmal richtig bewusst. Wie schwierig mag es dann für Familien oder gar Alleinerziehende in einer engen Zweizimmerwohnung sein? Auf die Unternehmen geblickt: Der kleine lokale Händler kämpft mit existenziellen Fragen, oft unter Einsatz des privaten Vermögens, während es große Unternehmen hier strukturell leichter haben.

Ein ganz anderes Problem, das still und heimlich in unserer modernen Gesellschaft um sich greift, ist

die Einsamkeit. Schon das Wesen dieses kollektiven Distanzgefühls ist es, sich unbemerkt Menschen zu bemächtigen. Die junge CDU Politikerin Diana Kinnert hat hierzu ein bemerkenswertes Buch geschrieben. Lesen Sie mal rein! Gleichzeitig wird unser Land vielfältiger, es gibt immer weniger verbindende Elemente, sei es der Glauben, Vereinsleben, Kultur. Vielfalt kann die Gesellschaft stärken, sie ist aber kein Selbstläufer. Ohne Kontaktpunkte miteinander und untereinander, ohne Zusammenhalt, ohne sinnstiftende Elemente und einen grundsätzlich geteilten Wertekanon entwickelt eine Gesellschaft keine Stärke, in sich Halt zu geben.

Zum Abschluss schreibt Schäuble: „Wie stark eine plural verfasste Gesellschaft zusammenhält und in der Vielfalt ein Gefühl des Miteinanders entstehen lässt, hat mit ihrer Fähigkeit zu tun, Konflikte, wie sie auch durch die Pandemie entstehen, auszuhalten; es hat mit Bindekräften und Toleranz, Respekt, Vertrauen und Empathie zu tun. Nur gemeinsam, mit einem starken Wir, trotzen wir dieser Pandemie.“ Diese Sätze sind wie in Stein gemeißelt, denn Sie beschreiben nicht nur, welche Herausforderungen wir als Gesellschaft vor uns haben. Sie beschreiben auch, was die CDU leiten muss, um als Volkspartei die Erwartungen der Menschen an sie auch erfüllen zu können. Nur mit Antworten auf diese Fragen des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalts werden wir Vertrauen zurückgewinnen.

Ihr 

Das Thema

Die grüne Null – die Umwelt schützen statt alltägliches verbieten.

Umweltschutz ganz einfach – dieses scheinbar utopische Ziel ist gar nicht so utopisch, wenn man die richtigen Hebel ansetzt. Deshalb haben sich 30 Bundestagsabgeordnete der CDU gemeinsam an ein Papier gemacht, welches durch clevere Regeln statt Verbote einen effektiven Klimaschutz in unseren Alltag überführen möchte, anstatt diesen zu blockieren. Heribert Hirte ist neben Kai Whittaker, Norbert Röttgen oder Ursula Groden-Kranich und vielen anderen einer der Autoren.

Runtergebrochen klingt es nicht nur ganz einfach, der Ansatz ist es auch: Die CDU-Abgeordneten möchten einen effektiveren und ganzheitlichen Klimaschutz. Das Ziel muss sein, CO₂ einzusparen. Hierzu hat sich Deutschland im Pariser Abkommen und anderen internationalen Übereinkommen verpflichtet. Nach den bisherigen Plänen der Bundesregierung ist es das ausgewiesene Ziel, bis 2020 mindestens 40 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 einzusparen. Bis 2030 sollen es 55 Prozent sein, bevor dann bis zum Jahr 2040 70 Prozent und bis zum Jahr 2050 mindestens 80 Prozent eingespart werden sollen. Darin sind noch nicht die möglichen neuen Ziele der EU im Rahmen des „European Green Deal“ enthalten. Der sieht vor, bis 2050 klimaneutral zu sein. Das ist laut allen Expertinnen und Experten aber noch zu niedrig, um tatsächlich unsere Ziele zu erreichen.

Eines der wesentlichen Politikziele der Union ist es, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, gleichzeitig unsere Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen und

für die nächsten Generationen zu sichern. Höhere CO₂ Kosten treffen Menschen mit geringeren Einkommen härter. Wie kann man also Umweltschutz, sozialen Zusammenhalt und technischen Fortschritt zusammenbringen? Das „Grüne Null“-Papier möchte genau für diesen Zweck Steuern, Abgaben und auf der anderen Seite



te Subventionen abschaffen, die unsere Klimaziele verwässern. Mit sechs Steuern und Abgaben, von der Mineralölsteuer, über die Luftverkehrsabgabe, EEG-Umlage, Energiesteuer, Kfz-Steuer bis zur Stromsteuer verteuern wir ungleichmäßig den CO₂-Preis. Einige Subventionen hingegen reduzieren den CO₂-Preis wieder, beispielsweise die Subventionen für Diesel und Kerosin. So würden zwar höhere Kosten für CO₂ belastetes Verhalten oder Konsum anfallen, Bürgerinnen und Bürger aber an anderer Stelle entlastet.

Deshalb braucht es sowohl für den europäischen wie für den nationalen CO₂-Preis dringend einen wirkungsvollen und gerechten Carbon-Leakage-Schutz, um die deutschen Unternehmen nicht im europäischen und internationalen Wettbewerb zu benachteiligen. Denn naturgemäß führt die Verlagerung von Produktionen auf andere Kontinente eher zu mehr

CO₂-Ausstoß, jedenfalls zu keiner Einsparung. Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen müssen dabei an die Umsetzung von wirtschaftlichen Klimaschutzmaßnahmen geknüpft werden, um trotz dieser eine Lenkungswirkung zu entfalten.

Ein weiterer Schritt: Es braucht mehr Klimainnovationen und eine neue Regulationskultur! Um hier die Forschung, die Wirtschaft und die Bevölkerung zu unterstützen, möchte die Gruppe um Hirte solche Innovationen noch mehr als schon heute subventionieren. Aktuelle Beispiele hierfür wären die Wasserstoffherzeugung oder die Batteriezellenproduktion.

Um das aber möglich zu machen, müssen Vorschriften, Gesetze, Verordnungen angepasst und zukunftsgerecht auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

Die grüne Null ist kein Selbstzweck, sondern bewahrt uns vor einem exponentiellen Ansteigen der Erdtemperaturen und dessen humanitären und wirtschaftlichen Verwüstungen. Mit intelligenten Technologien und Systemen hingegen können wir mit einem europäischen Regelwerk unsere ökologischen und ökonomischen Interessen wahren und nachhaltiges Wachstum erzielen. Es gibt viel zu tun. Deswegen rufen die CDU Abgeordneten in ihrem Papier zum Abschluss auf: Packen wir es an.



Bild der Woche

Corona, Impfen, Daten, Haftung – für Heribert Hirte ist klar: Wollen wir aus der Corona-Pandemie lernen und unsere föderale Ordnung besser strukturieren, müssen wir auch in Brüssel damit anfangen. Das war ein Punkt seiner Rede im Plenum des Deutschen Bundestages, als er auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Vor-

feld des Europäischen Rates antwortete. Israel habe es der Welt vorgemacht, wie mit einem klugen Umgang mit Gesundheitsdaten ein effektiveres Impfmanagement möglich wäre. Aber das sei nur ein Beispiel – Hirte forderte, es bräuchte eine neue Balance im Umgang mit Daten, aber gleichzeitig auch mit der Haftung der Konzerne für persönliche Daten. Eben diese Haftung sei ein Schlüssel, um einen

verantwortungsvollen Umgang mit Daten zu sichern, gleichzeitig aber neue Potenziale für unsere Unternehmen zu ermöglichen.

Neben dem Thema Datenökonomie sprach Hirte auch den europäischen Kompromiss zu den Eigenmitteln und zum „Next Generation EU“ Paket sowie die Menschenrechtssituation der Uiguren in China.

Querblick

China verletzt die Menschenrechte der Uiguren

Nachdem die Europäische Kommission China mit Sanktionen aufgrund der offenkundigen Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in Xinjiang verhängt hatte, antwortete China wiederum mit persönlichen Maßnahmen gegen Europaabgeordnete. Deswegen solidarisiert sich Heribert Hirte gemeinsam mit 281 anderen Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen mit den Kollegen im Europäischen Parlament. Der Aufruf im Wortlaut:

„Chinas Sanktionen zielen auf die Meinungsfreiheit frei gewählter Abgeordneter und sind ein weiterer Angriff auf unsere freiheitliche Art zu leben. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier der CDU/

CSU-, SPD-, FDP- und Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktionen stehen wir klar an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen. Ihnen und allen betroffenen Personen und Institutionen gilt unsere volle Solidarität. Über Parteigrenzen hinweg sind wir geeint in dem gemeinsamen Ziel, unsere Demokratie, den Parlamentarismus und die Meinungsfreiheit gegen jede Art von Autoritarismus zu verteidigen.“



Kurz informiert

Kurz medial präsent, jetzt schon wieder vergessen? Die Situation in Bergkarabach

Im vergangenen Herbst tobte ein 44 Tage Krieg zwischen Armenien und Azerbaijan um die Region Bergkarabach. Heribert Hirte selbst war vor einigen Jahren in der Region und musste mit Schrecken die Nachrichten aufnehmen, dass im jüngsten Konflikt gezielt Kulturgüter, darunter auch Kirchen, Kathedralen oder die berühmten Kreuzsteine zerstört wurden. Doch nach der medialen Aufmerksamkeit während des Konflikts beschäftigt sich die Öffentlichkeit nun wieder mit dem Coronavirus. Derweil ist der Konflikt um Bergkarabach noch lange nicht gelöst, ganz im Gegenteil.

Deswegen veranstaltete der Stephanuskreis eine digitale Sitzung mit Baru Jambazian, dem Vorstand der Nicht-Regierungsorganisation Diaconia Charitable. Die Organisation wurde direkt nach dem katastrophalen Erdbeben 1988 in Armenien gegründet. Seit 31 Jahren ist die Organisation in Armenien tätig. Neben circa 3.000 Patenschaften in Armenien arbeitet der Fund in der Entwicklungshilfe und in der Not- und Soforthilfe. Diaconia Charitable Fund unterstützt landwirtschaftliche und soziale Ausbildungsprojekte in enger Zusammenarbeit mit christlichen Gemeinden.

Eindrücklich bis fürchterlich waren die Berichte von Jambazian. Insbesondere durch die Türkei befördert erhebt Azerbaijan weitgehende Ansprüche gegenüber Armenien, die Kriegspropaganda und rassistische Hetze sind erschreckend. Die Menschenrechtsverletzungen in diesem Konflikt werden noch lange Wunden offen halten. [Hier können Sie eine Zusammenfassung seines Berichtes auf Facebook ansehen.](#)

Ein neues Personengesellschaftsrecht

Zwar ohne Debatte, aber dennoch nun im parlamentarischen Verfahren – der Entwurf zum Gesetz zur Modernisierung der Personengesellschaften wurde in dieser Woche als Ohne-Debatten-Punkt in erster Lesung behandelt. Nun folgt die parlamentarische Arbeit. Das erklärte Ziel der Neuregelung ist die rechtliche Anpassung des Personengesellschaftsrechts an das moderne Wirtschaftsleben. Insbesondere werden nun die bereits durch die Rechtsprechung des BGH im Jahr 2001 anerkannte Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) und die im Jahr 2009 anerkannte Grundbuchfähigkeit der GbR in der Gesetzgebung berücksichtigt. Heribert Hirte ist auf Unionsseite Berichterstatter für dieses Gesetz.

Gemeinsame Sprechstunde mit der Bürgervereinigung Rodenkirchen


Einen tollen Austausch mit der Bürgervereinigung Rodenkirchen konnte Heribert Hirte digital

durchführen. Die Bürgervereinigung berichtete von dem Treffen: Pandemie, Masken-Affäre und die Arbeit eines Abgeordneten waren Themen des Gesprächs. Auf großes Interesse stieß die neue gesetzliche Unterstützung bei Miet- und Pachtverhältnissen der Gewerbemietler (Klarstellung zu § 313 BGB), die Hirte maßgeblich miterarbeitet hatte. Weiter besprach die Runde die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht in der Coronapandemie.

Danach wurden lokalpolitische Themen aus dem Bezirk Rodenkirchen rege diskutiert, u.a. über die Alternative einer Tunnellösung für den geplanten Ausbau der Rodenkirchener Brücke und Varianten für Entflechtungs- und Umgehungstraßen zwischen Meschenich, Immendorf und Rondorf.

[Hier können Sie auf der Seite der Bürgervereinigung Rodenkirchen](#) mehr über die gemeinsame Sprechstunde nachlesen.




Heribert Hirte · 19. März um 09:39 · 

Vielen Dank für die Einladung, liebe [Bürgervereinigung Rodenkirchen e.V.](#)! Ganz besonders weiß ich den ganzen Input zu schätzen, den ich natürlich auch mit nach Berlin nehme. Nur durch gemeinsames Engagement bringen wir unsere Veedel voran. 🙏

Immer wieder gerne!

[Dieter Marezky](#) [Beatrix Polgar-Stüwe](#)

BUERGERVEREINIGUNG-RODENKIRCHEN.DE
Informativer digitaler Bürgertreff mit Bundestagsabgeordneten Heribert Hirte - Bürgervereinigung Rodenkirchen



Mehr Mittel für die Europäische Union im Kampf gegen Corona und die Wirtschaftskrise

Mit zwei Beschlüssen unterstützt die Mehrheit im Deutschen Bundestag neue Wege, um den Mitgliedsländern in der Europäischen Union zeitlich begrenzt mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. In zweiter und dritter Lesung wurde ein Gesetz zur Ratifizierung des EU-Eigenmittelbeschlusses beschlossen. Der Eigenmittelbeschluss regelt die Finanzierung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 der EU (MFR) und des Corona-bedingten Aufbauinstruments „Next Generation EU“. Der MFR weist ein Volumen von über einer Billion, nämlich 1.074,3 Mrd. Euro für die Jahre 2021 bis 2027 auf, das Aufbauinstrument

sieht ein kreditfinanziertes Volumen von bis zu 750 Mrd. Euro vor. Der Eigenmittelbeschluss bildet die Grundlage für die Berechnung der nationalen Beiträge für den EU-Haushalt und ermächtigt die EU-Kommission, einmalig und befristet bis zu 750 Mrd. Euro für das Aufbauinstrument am Kapitalmarkt aufzunehmen. Erst nach Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses durch alle Mitgliedstaaten können MFR und „Next Generation EU“ rückwirkend zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.

Damit der Bundestag auch nachvollziehen kann, ob die Mittel wie vorgesehen verwendet werden, sicherte er sich zusätzliche Berichtspflichten der Bundesregierung zum EU-Aufbauinstrument „Next Generation EU“. Mit dem Antrag wird die Bundesre-

gierung aufgefordert, dem Deutschen Bundestag regelmäßig, zeitnah und umfassend über den Entwicklungsstand des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ zu berichten. Die Berichte (halbjährlich bzw. jährlich) sollen dem Deutschen Bundestag überblicksartig und jeweils ergänzt um eine Bewertung der Bundesregierung ein Gesamtbild der Einnahmen und Ausgaben des Aufbauinstruments vermitteln. Dabei sollen insbesondere die europäische Kreditaufnahme, die geplanten und tatsächlichen Mittelverwendung der Aufbau- und Resilienzfazilität, die Entscheidungen im Wirtschafts- und Finanzausschuss bzw. im Europäischen Rat sowie der Sachstand bei den neuen Eigenmittel-Arten beleuchtet werden.

Rundschau

Kurz informiert

Die „Grüne Null“ fand natürlich auch Widerhall in den Medien. NTV berichtete online groß über das Papier, [was Sie hier nachlesen können](#).

Volle Transparenz: Die Netzredaktion des [Vice-Magazine Deutschland](#) hat alle CDU/CSU-Abgeordneten befragt, ob sie die Ehrenerklärung im Zusammenhang mit der sogenannten „Maskenaffäre“ unterschrieben haben – das hat Heribert Hirte selbstverständlich.

Gemeinsam mit anderen hochrangigen CDU-Abgeordneten fordert Heribert Hirte **strengere Auflagen für die Parteienfinanzierung**. In einem dreiseitigen Papier fordern die Mandatsträger unter anderem eine Veröffentlichungs- und Anzeigepflicht für Gewinnanteile, Aktienoptionen und Unternehmensbeteiligungen sowie ein Verbot der Entgegennahme von Honoraren für Vorträge mit Bezug zum Abgeordnetenmandat und eine personelle Aufstockung der Bundestagsverwaltung zur besseren Kontrolle der Re-

geln. Mögliche Interessenkonflikte müssen bereits bei der Bewerbung um eine Mandatskandidatur kritisch thematisiert und offen gelegt werden. Über den Vorschlag berichteten die [Westdeutsche Allgemeine Zeitung](#) und die Onlineforen [fulda-info.de](#) und [finanzen.net](#).

Kontakt

<p>Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030 / 227 77830</p>	<p>Bürgerbüro: Aachener Straße 227 50931 Köln Tel.: 0221 / 589 86 762</p>
--	---

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.de/HHirte)
[@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte)
www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.